

FINANZ UND STEUERN

Band 7

Uwe Grobshäuser | Walter Maier
Dieter Kies | Hartwig Maier

Besteuerung der Gesellschaften

6. Auflage

SCHÄFFER
POESCHEL

SCHÄFFER

POESCHEL

Finanz und Steuern

Band 7

Besteuerung der Gesellschaften

von

Uwe Grobshäuser

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

Walter Maier

Rechtsanwalt und Steuerberater,
em. Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

Dieter Kies

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

Hartwig Maier

Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg

6., überarbeitete und aktualisierte Auflage

2020

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Bearbeiterübersicht:

Grobshäuser: Kapitel I Teil A, Kapitel II Teil C, Kapitel III Teile E–J, Kapitel IV

W. Maier: Kapitel I Teil B, Kapitel II Teile A, B, D, E, H

Kies: Kapitel II Teile I, J, Kapitel III Teil K, Kapitel V

H. Maier: Kapitel II Teile F, G, Kapitel III Teile A–D

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Print: ISBN 978-3-7910-4813-0 Bestell-Nr.: 20240-0004

ePDF: ISBN 978-3-7910-4814-7 Bestell-Nr.: 20240-0153

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung
des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen
Systemen.

© 2020 Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH

www.schaeffer-poeschel.de
service@schaeffer-poeschel.de

Printed in Germany

März 2020

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Ein Unternehmen der Haufe Group

Vorwort zur 6. Auflage

Mit dieser Auflage dürfen wir als neuen Autor unseren Kollegen an der Fachhochschule Ludwigsburg, Herrn Professor Dr. Hartwig Maier begrüßen. Er übernimmt verschiedene Teile aus den Bereichen Personengesellschaften und Besteuerung der Kapitalgesellschaften.

Dass das Steuerrecht einem stetigen Wandel unterliegt, ist nicht neu und bedarf keiner besonderen Erwähnung. Sowohl die Studierenden der steuerlichen bzw. betriebswirtschaftlichen Fächer als auch die Praktiker (-innen) in der Finanzverwaltung, den Betrieben und der Steuerberatung können hiervon ein Lied singen. Es ist schwierig geworden, bei den ständigen Änderungen auf dem Laufenden zu bleiben. Als typisches Beispiel sei die Steuerfreiheit sog. Sanierungsgewinne genannt. Ursprünglich in § 3 Nr. 66 EStG a.F. geregelt und jahrelang unumstritten, wurde die Vorschrift abgeschafft und in Form eines BMF-Schreibens gleichzeitig wieder zum Leben erweckt, anschließend vom BFH verworfen und nunmehr mit dem Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen und Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften in Form des § 3a EStG wieder gesetzlich geregelt (hoffentlich nunmehr endgültig).

Ein weiteres Beispiel ist die Behandlung nachträglicher Anschaffungskosten bei Gesellschaftern einer Kapitalgesellschaft. In jahrzehntelanger Rechtsprechungsarbeit hatte der BFH Darlehensverluste, Bürgschaftsübernahmen und verdeckte Einlagen als nachträgliche Anschaffungskosten im Rahmen des § 17 EStG anerkannt. Dem folgte die Verwaltung mit einem BMF-Schreiben. Nachdem der BFH plötzlich seine Rechtsprechung änderte, und nur noch die verdeckten Einlagen als nachträgliche Anschaffungskosten zuließ, folgte dem die Finanzverwaltung mit einem neuen BMF-Schreiben. Mittlerweile wurde nun durch das sog. JStG 2019 ein neuer § 17 Abs. 2a EStG eingefügt, der letztlich wieder die ursprüngliche Rechtslage wiederherstellt.

Ein jahrelanges Streitthema stellt die Schenkung von Betrieben, Teilbetrieben und Mitunternehmeranteilen (§ 6 Abs. 3 EStG) dar. Der weitgehenden Aufgabe der Gesamtplanrechtsprechung durch den BFH folgt nunmehr auch die Finanzverwaltung mit einem neuen BMF-Schreiben vom November 2019, das in die vorliegende Auflage eingearbeitet wurde.

Weitere Änderungen brachten das Brexit-Begleitgesetz, das Bürokratie-Entlastungsgesetz und das Gesetz über die Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen. Verfassungsrechtlich äußerst bedenklich ist das Gesetz zur Rückführung des SolZ, da der SolZ zur Körperschaftsteuer und zur Kapitalertragsteuer bei Dividenden erhalten bleibt.

Eine immer größere Bedeutung erlangt auch das internationale Steuerrecht. Wir haben daher an vielen Stellen den Blick über die Grenze gerichtet (z. B. bei der Besteuerung der Dividenden).

Wir bedanken uns bei unseren Lesern und Leserinnen für die Anregungen und Kritiken, die wir stets schätzen und in unsere weitere Arbeit einfließen lassen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage.....	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIX

Kapitel I Einführung

Teil A Überlegungen zur Rechtsformwahl

1	Allgemeines	3
2	Kriterien	3
2.1	Gründungsaufwand	3
2.2	Gründungskapital	4
2.3	Haftung	4
2.4	Jahresabschlusskosten	5
2.5	Publizitätspflicht	5
2.6	Anzahl der Gesellschafter	5
2.7	Finanzierung	6
2.8	Vermietung von Wirtschaftsgütern durch Gesellschafter	6
2.9	Verträge zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern	6
2.10	Geschäftsführung und Geschäftsführervergütung	6
2.11	Verluste	7
2.12	Beteiligung von Familienangehörigen	8
2.13	Beteiligung ausländischer Gesellschafter	8
2.14	Auslandstätigkeit der Gesellschaft	9
2.15	Gewinnverteilung	9
2.16	Gewerbesteuer	10
2.17	Vorweggenommene Erbfolge	10
2.18	Veräußerung	11
2.19	Steuerbelastung	11

Teil B Bilanzierungsfragen bei Personen- und Kapitalgesellschaften

1	Grundsätzliche Unterschiede zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften	12
2	Buchführung und Bilanzierung	14
2.1	Handelsbilanz- und Steuerbilanzrecht	14
2.1.1	Handelsbilanz	14
2.1.2	International Financial Reporting Standards (IFRS)	15
2.1.3	Steuerbilanz	16
2.2	Buchführungspflicht nach Handelsrecht	17
2.3	Buchführungspflicht nach Steuerrecht	18
2.3.1	Abgeleitete (derivative) Buchführungspflicht	18
2.3.2	Originär steuerliche Buchführungspflicht	18
2.4	E-Bilanz (§ 5b EStG)	18
3	Buchmäßige Besonderheiten in der Bilanz der Personengesellschaft	20
3.1	Bilanzierung	20
3.2	Kapitalkonten	20
3.3	Privatkonten	22
3.4	Entnahmen und Einlagen	22
3.5	Sonderbilanzen und Ergänzungsbilanzen	23
3.6	Prüfungs- und Publizitätspflichten	24
4	Buchmäßige Besonderheiten in der Bilanz der Kapitalgesellschaft	24
4.1	Aufgaben des Jahresabschlusses	24

4.2	Bilanzgliederung und anwendbare Vorschriften	24
4.3	Kapitalkonten	26
4.4	Gewinn- und Verlustrechnung (§§ 275–278 HGB)	26
4.5	Anhang (§§ 284–288 HGB)	28
4.6	Lagebericht (§ 289 HGB)	28
4.7	Erleichterungen für mittelgroße und kleine Kapitalgesellschaften	29
4.8	Kleinstkapitalgesellschaften	30
4.9	Personensteuern	31
4.9.1	Behandlung in Buchführung und Bilanz	31
4.9.2	Körperschaftsteuerrückstellung, Steuernachzahlungen und -erstattungen	31
4.10	Feststellung und Prüfung des Jahresabschlusses	32
4.11	Offenlegung des Jahresabschlusses	32
5	Beteiligungen an Personengesellschaften	33
5.1	Bilanzierung von Beteiligungen in der Handelsbilanz	33
5.2	Bilanzierung von Beteiligungen in der Steuerbilanz	33
6	Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	36
6.1	Bilanzierung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	36
6.2	Bilanzierung von Gewinnausschüttungen	37
6.3	Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	39

Kapitel II Die Besteuerung der Personengesellschaften

	Teil A Personengesellschaften – Zivilrecht	43
1	Gesellschaftsrecht	43
1.1	Zivilrechtliche Grundlagen	43
1.1.1	Zivilrecht und Besteuerung	43
1.1.2	Grundformen des Gesellschaftsrechts	44
1.1.3	Außen- und Innengesellschaften	45
1.1.3.1	Personenaufengesellschaften	45
1.1.3.2	Personeninnengesellschaften	46
1.1.4	Gesamthandsvermögen	46
1.1.5	Typenzwang und Vertragsfreiheit	48
1.2	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	50
1.2.1	Grundlagen	50
1.2.2	Gründung der Gesellschaft	51
1.2.3	Rechte und Pflichten der Gesellschafter	52
1.2.4	Vermögensrechte	53
1.2.5	Haftung	54
1.2.6	Gesellschafterwechsel	54
1.2.7	Beendigung der Gesellschaft	55
1.3	OHG	56
1.3.1	Grundlagen	56
1.3.2	Gründung der Gesellschaft	56
1.3.3	Rechte und Pflichten der Gesellschafter	57
1.3.4	Vermögensrechte	58
1.3.5	Haftung	59
1.3.6	Gesellschafterwechsel	59
1.3.7	Beendigung der Gesellschaft	60
1.4	Kommanditgesellschaft	60
1.4.1	Grundlagen	60
1.4.2	Gründung der Gesellschaft	61
1.4.3	Rechte und Pflichten der Gesellschafter	61
1.4.4	Vermögensrechte	62
1.4.5	Haftung	62
1.4.6	Gesellschafterwechsel und Beendigung der Gesellschaft	63
1.4.7	Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)	63

1.5	Partnerschaftsgesellschaft	63
1.5.1	Grundlagen	63
1.5.2	Gründung der Gesellschaft	64
1.5.3	Rechte und Pflichten der Gesellschafter	64
1.5.4	Gewinn- und Verlustverteilung	64
1.5.5	Haftung	65
1.5.6	Gesellschafterwechsel und Beendigung der Gesellschaft	65
1.5.7	Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	65
1.6	Stille Gesellschaft	66
1.6.1	Grundlagen	66
1.6.2	Gründung der Gesellschaft	68
1.6.3	Rechte und Pflichten der Gesellschafter	68
1.6.4	Gewinn- und Verlustverteilung	68
1.6.5	Haftung	69
1.6.6	Gesellschafterwechsel und Beendigung der Gesellschaft	69
1.7	Unterbeteiligung	69
1.7.1	Grundlagen	69
1.7.2	Gründung der Gesellschaft und Gesellschafterrechte und -pflichten	70
1.7.3	Organisation	70
2	Europäisches Gesellschaftsrecht	70
2.1	Vereinheitlichung des Gesellschaftsrechts	70
2.2	Rechtsquellen der Europäischen Union	71
2.2.1	Übersicht	71
2.2.2	EU-Verordnungen	71
2.2.3	EU-Richtlinien	72
2.3	Rechtswahlfreiheit im europäischen Gesellschaftsrecht	74
2.4	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	76
2.4.1	Grundlagen	76
2.4.2	Gründung	76
2.4.3	Rechte und Pflichten der Gesellschafter	77
2.4.4	Gewinn- und Verlustverteilung und Haftung	77
2.4.5	Gesellschafterwechsel und Beendigung der Gesellschaft	77
2.4.6	Beendigung der Gesellschaft	78
2.4.7	Steuerrecht	78
2.5	Europäische Gesellschaft (SE)	78
2.5.1	Grundlagen	78
2.5.2	Gründung	79
2.5.3	Institutionelle Ordnung der Societas Europaea	79
2.5.4	Rechnungslegung	79
2.6	Europäische Genossenschaft (SCE)	79
2.7	Europäischer Verein	80
2.8	Weitere geplante europäische Rechtsformen	80
2.9	Ausländische Rechtsformen in der EU	81
	 Teil B Allgemeine Besteuerungsfragen	 83
1	Besteuerung von Mitunternehmerschaften	83
1.1	Regelung des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG	83
1.1.1	Regelungszweck der Mitunternehmerschaft	83
1.1.2	Grundlagen	85
1.1.3	Unternehmensteuerreform	87
1.2	Personengesellschaft	89
1.2.1	Übersicht	89
1.2.2	Bruchteilsgemeinschaft	90
1.2.3	Eheliche Gütergemeinschaft	90
1.2.4	Miterbengemeinschaft	91

1.3	Gewerbliche Einkünfte	92
1.3.1	Übersicht	92
1.3.2	Teilweise gewerblich tätige Personengesellschaft (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG)	94
1.3.2.1	Voraussetzungen und Rechtsfolgen	94
1.3.2.2	Probleme bei selbständiger Arbeit	96
1.3.3	Gewerblich geprägte Personengesellschaft (§ 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG)	98
1.3.3.1	Voraussetzungen und Rechtsfolgen	98
1.3.3.2	Andere Gesellschaftsformen	100
1.3.4	Nicht gewerbliche Personengesellschaft	101
1.3.4.1	Andere Gewinneinkünfte	101
1.3.4.2	Überschusseinkünfte	102
1.3.4.3	Zebra-Gesellschaft	103
1.3.5	Besteuerung gewerblich geprägter Personengesellschaften gemäß § 50i EStG	105
1.4	Mitunternehmerschaft	106
1.4.1	Begriff des Mitunternehmers	106
1.4.2	Merkmale der Mitunternehmerschaft im Einzelnen	108
1.4.2.1	Erbringen einer Einlage	108
1.4.2.2	Unternehmerinitiative	108
1.4.2.3	Unternehmerrisiko	108
1.4.3	Mitunternehmerschaft bei den einzelnen Gesellschaftsformen	111
1.4.3.1	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	111
1.4.3.2	Offene Handelsgesellschaft	112
1.4.3.3	Kommanditgesellschaft	112
1.4.3.4	Stille Gesellschaft und Unterbeteiligung	112
1.4.4	Verdeckte Mitunternehmerschaft	114
1.5	Nießbrauch bei Personengesellschaften	115
1.5.1	Überblick	115
1.5.2	Nießbrauch am Gesellschaftsanteil (Vollrechtsnießbrauch)	116
1.5.3	Nießbrauch am Gewinnstammrecht	118
1.5.4	Ertragsnießbrauch	118
2	Gewinnermittlung der Personengesellschaft	119
2.1	Gemeinsamkeiten mit Einzelunternehmen	119
2.2	Unterschiede zu Einzelunternehmen	119
2.3	Betriebsvermögen der Personengesellschaft	120
2.3.1	Gesellschaftsvermögen (Gesamthandsvermögen)	120
2.3.1.1	Handelsrechtliches Betriebsvermögen	120
2.3.1.2	Notwendiges Betriebsvermögen	121
2.3.1.3	Notwendiges Privatvermögen	122
2.3.2	Sonderbetriebsvermögen	125
2.3.2.1	Übersicht	125
2.3.2.2	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen	126
2.3.2.3	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen	129
2.3.2.4	Bilanzierungskonkurrenz zwischen Einzelunternehmen und Sonderbetriebsvermögen	131
2.3.3	Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben	131
2.3.4	Ergänzungsbilanzen der Gesellschafter	134
2.3.4.1	Positive Ergänzungsbilanz	135
2.3.4.2	Negative Ergänzungsbilanz	137
2.3.5	Steuerliche Gesamtbilanz der Personengesellschaft	139
3	Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	140
3.1	Übersicht	140
3.2	Tätigkeitsvergütungen	142
3.2.1	Laufende Vergütungen	142
3.2.2	Versorgungszusagen	144
3.2.2.1	Pensionszusagen	144
3.2.2.2	Witwer-/Witwenrenten	146
3.2.2.3	Rückdeckungsversicherung	147

3.2.3	Vergütungen für Dienst- und Werkleistungen	147
3.3	Vergütungen für die Hingabe von Darlehen	149
3.3.1	Forderung des Gesellschafters an die Gesellschaft	149
3.3.2	Verzicht des Gesellschafters auf seine Forderung gegen die Personengesellschaft	150
3.3.3	Darlehen der Gesellschaft an den Gesellschafter	151
3.3.3.1	Betriebliche Veranlassung des Darlehens	151
3.3.3.2	Fehlende betriebliche Veranlassung des Darlehens	152
3.3.4	Refinanzierung durch Gesellschafter	152
3.4	Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	153
3.5	Ausnahmen von § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG	155
3.5.1	Veräußerungsgeschäfte zwischen Gesellschafter und Gesellschaft	155
3.5.2	Werklieferungen zwischen Gesellschafter und Gesellschaft	155
3.5.3	Vergütungen des Gesellschafters an die Gesellschaft	156
3.5.4	Leistungsaustausch zwischen den Personengesellschaftern untereinander	156
3.5.5	Leistungsaustausch zwischen gewerblich tätigen Personengesellschaften	156
3.5.5.1	Leistungen einer Schwestergesellschaft, die gewerbliche Einkünfte hat	157
3.5.5.2	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	158
3.5.5.3	Überlassende Personengesellschaft hat keine gewerblichen Einkünfte	158
3.6	Betrieblicher Schuldzinsenabzug nach § 4 Abs. 4a EStG	158
3.6.1	Grundsatz	158
3.6.2	Über- und Unterentnahmen	159
3.6.3	Berechnungsweise	159
3.6.4	Besonderheiten bei Mitunternehmerschaften	160
4	Übertragung von Wirtschaftsgütern	162
4.1	Problemstellung	162
4.2	Rechtsentwicklung	163
4.3	Geltende Rechtslage	164
4.3.1	Änderungen	164
4.3.2	Übersicht über § 6 Abs. 5 EStG	165
4.3.3	Überführung von Wirtschaftsgütern ohne Rechtsträgerwechsel (§ 6 Abs. 5 Satz 2 EStG)	167
4.3.4	Überführung von Wirtschaftsgütern mit Rechtsträgerwechsel (§ 6 Abs. 5 Satz 3 EStG)	167
4.4	Übertragungen im Betriebsvermögen	168
4.4.1	Entgeltliche Übertragungen von Wirtschaftsgütern	168
4.4.1.1	Veräußerung wie unter fremden Dritten	168
4.4.1.2	Veräußerung über dem Teilwert	169
4.4.2	Unentgeltliche Überführung bzw. Übertragung von Wirtschaftsgütern	169
4.4.3	Teilentgeltliche Übertragungen	171
4.4.4	Übertragungen gegen Gewährung oder Minderung von Gesellschaftsrechten	173
4.4.4.1	Grundsätze	173
4.4.4.2	Sperrfrist	175
4.4.4.3	Körperschaftsklausel	176
4.5	Reinvestitionsrücklage (§ 6b EStG)	178
4.5.1	Rechtslage	178
4.5.2	Veräußerungen der Gesellschaft	180
4.5.3	Veräußerungen der Gesellschafter	181
4.5.4	Übertragung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	183
4.5.5	Veräußerung des Mitunternehmeranteils	184
4.6	Übertragungen zwischen Betriebs- und Privatvermögen	185
4.6.1	Entgeltliche Übertragungen	185
4.6.2	Übertragungen gegen Gewährung oder Minderung von Gesellschaftsrechten	185
4.6.3	Unentgeltliche Übertragungen	187
4.6.4	Teilentgeltliche Übertragungen	188
5	Gewinnverteilung	189
5.1	Gesetzliche Gewinnverteilung	189
5.2	Vertragliche Gewinnverteilung	190
5.2.1	Allgemeines	190

5.2.2	Kriterien und Möglichkeiten vertraglicher Gewinnverteilung	190
5.2.3	Steuerrechtliche Beurteilung	190
5.3	Verteilung steuerlicher Mehrgewinne	192
5.4	Zinserträge der Personengesellschaft	193
6	Doppelstöckige Personengesellschaft	193
6.1	Unmittelbare Leistungen bei mittelbarer Beteiligung	193
6.2	Rechtsfolgen	194
6.3	Mehrstöckige Personengesellschaft	196
6.4	Atypische Unterbeteiligung	196
6.5	Mittelbare Beteiligung über eine Kapitalgesellschaft	197
7	Gründung von Personengesellschaften	197
7.1	Überblick	197
7.2	Bargründung	198
7.3	Sachgründung	199
7.3.1	Einbringung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten	199
7.3.2	Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens	199
7.3.3	Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter des Privatvermögens	199
7.4	Eintritt von Mitunternehmern	200
7.5	Unentgeltliche Übertragung	201
	 Teil C Wechsel im Gesellschafterbestand	 203
1	Einführung	203
2	Veräußerung eines Mitunternehmeranteils	203
2.1	Ebene des Veräußerers	203
2.1.1	Veräußerungsgewinn	203
2.1.2	Bildung einer Rücklage nach § 6b EStG	205
2.1.3	Ergänzungsbilanzen des Verkäufers	207
2.1.4	Sonderbetriebsvermögen des Verkäufers	208
2.1.5	Unterjähriger Gesellschafterwechsel	210
2.1.6	Im Ausland ansässiger Gesellschafter	210
2.1.7	Ausländische Beteiligungen	210
2.2	Ebene des Erwerbers	211
2.2.1	Aktivierung des Kaufpreises	211
2.2.2	Abschreibung der erworbenen Wirtschaftsgüter	212
2.2.3	Finanzierung des Kaufpreises	214
3	Hebung stiller Lasten	214
4	Abstockungsbilanz	216
5	Pauschaler Abschlag	217
6	Negatives Kapitelkonto	218
7	Eintritt eines Gesellschafters	220
7.1	Keine Einlage	220
7.2	Einlage von Geld (Buchwertansatz)	221
7.3	Einlage von Geld (Zwischenwertansatz)	223
7.4	Einlage von Geld (Ansatz der gemeinen Werte)	225
7.5	Einlage von Wirtschaftsgütern (Privatvermögen)	225
7.5.1	Offene Einlagen	226
7.5.2	Verdeckte Einlagen	226
7.5.3	Kombinierte offene und verdeckte Einlage	227
7.5.4	Einlage in eine ausländische Personengesellschaft	227
7.6	Überführung von Betriebsvermögen (§ 6 Abs. 5 EStG)	228
7.6.1	Grundprinzip	228
7.6.2	Teilwertansatz	228
7.6.3	Verbringung ins Ausland	230
7.6.4	Verletzung der Sperrfrist	230
7.6.5	Buchwertübertragung und Entgelt	232

7.7	Einbringung eines Betriebs durch den Neugesellschafter	232
7.7.1	Umwandlungsteuerrecht	232
7.7.2	Zuzahlungen	232
7.7.2.1	Buchwertfortführung	232
7.7.2.2	Ansatz der gemeinen Werte	234
8	Ausscheiden eines Mitunternehmers	235
8.1	Gegen Entgelt	235
8.2	Ausscheiden gegen Sachwertabfindung	236
8.2.1	Sachwertabfindung ins Privatvermögen	236
8.2.2	Sachwertabfindung ins Betriebsvermögen	237
8.3	Realteilung einer Mitunternehmerschaft	238
8.3.1	Ohne Ausgleichszahlung	238
8.3.2	Sperrfristverletzung	240
8.3.3	Realteilung mit Spitzen- oder Wertausgleich	240
9	Übertragung im Wege der vorweggenommenen Erbfolge	241
9.1	Unentgeltliche Übertragung	241
9.1.1	Übertragung des ganzen Mitunternehmeranteils	241
9.1.2	Übertragung eines Teils eines Mitunternehmeranteils	244
9.2	Teilentgeltliche Übertragung	245
9.2.1	Entgelt kleiner als das Kapitalkonto	245
9.2.2	Entgelt größer als das Kapitalkonto	246
10	Erbfall und Erbauseinandersetzung	247
	Teil D Besondere Rechtsformen	251
1	Stille Gesellschaft	251
1.1	Grundlagen	251
1.2	Abgrenzung stille Gesellschaft – partiarisches Darlehen	251
1.3	Besteuerung des typisch stillen Gesellschafters	252
1.3.1	Einnahmen des typisch stillen Gesellschafters	252
1.3.2	Werbungskosten bei typisch stiller Gesellschaft	253
1.3.3	Verluste des stillen Gesellschafters	254
1.3.4	Kapitalertragsteuer	255
1.3.5	Besteuerung des Inhabers des Handelsgewerbes	256
1.3.6	Gewerbesteuer	256
1.4	Besteuerung des atypisch stillen Gesellschafters	257
1.4.1	Mitunternehmerschaft	257
1.4.2	Gewinnermittlung	257
1.4.2.1	Gewinnermittlung und -feststellung auf der Ebene der atypisch stillen Gesellschaft	257
1.4.2.2	Besteuerung des Inhabers des Handelsgewerbes	258
1.4.2.3	Besteuerung des atypisch stillen Gesellschafters	258
1.4.3	Verluste aus Innengesellschaften mit Kapitalgesellschaften	260
1.4.4	Gewerbesteuer	260
1.5	Umsatzsteuer	261
2	Unterbeteiligung	262
2.1	Überblick	262
2.2	Typische echte Unterbeteiligung	263
2.3	Atypische echte Unterbeteiligung	263
2.4	Unechte Unterbeteiligung	264
3	Familienpersonengesellschaften	265
3.1	Begriff und Grundsätze	265
3.2	Zivilrechtliche Anerkennung der Familienpersonengesellschaft	266
3.2.1	Zivilrechtliche Formerfordernisse	266
3.2.2	Bestellung eines Ergänzungspflegers	266
3.2.3	Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung	267

3.3	Tatsächliche Durchführung des Gesellschaftsvertrages	267
3.3.1	Angehörige als stille Gesellschafter oder Unterbeteiligte	268
3.3.2	Angehörige als Mitunternehmer	269
3.3.2.1	Mitunternehmerrisiko	269
3.3.2.2	Mitunternehmerinitiative	270
3.3.3	Zeitliche Aspekte	270
3.4	Prüfung der Angemessenheit der Gewinnverteilung	271
3.4.1	Angehörige als Mitunternehmer	271
3.4.1.1	Grundsätze	271
3.4.1.2	Realer Wert des Betriebsvermögens	271
3.4.1.3	Realer Wert des Gesellschaftsanteils	271
3.4.1.4	Ermittlung des nachhaltig zu erwartenden Gewinns	271
3.4.2	Angehörige als typische stille Gesellschafter und typisch Unterbeteiligte	272
3.4.3	Kapitalverzinsung bei Beteiligung nicht mitarbeitender Familienangehöriger	272
3.4.3.1	Bemessungsgrundlage	272
3.4.3.2	Renditesätze	272
3.4.4	Beispielfälle zum angemessenen Gewinnanteil	273
 Teil E Verluste bei beschränkter Haftung		277
1	Verluste bei beschränkt haftenden Gesellschaftern (§ 15a EStG)	277
1.1	Zielsetzung des § 15a EStG	277
1.2	Handelsrecht	277
1.2.1	Handelsrechtliche Grundsätze	277
1.2.2	Einlage	278
1.3	Steuerrechtliche Grundsätze	278
1.3.1	Kein Verlustzurechnungsverbot, Ausgleichs- und Abzugsverbot	278
1.3.2	Verrechnungsgebot	278
1.4	Regeln zur Auflösung negativer Kapitalkonten und § 15a EStG	280
1.4.1	Grundsätze	280
1.4.2	Fälle des Wegfalls negativer Kapitalkonten	281
1.4.3	Nachholung unterlassener Nachversteuerung	281
1.5	Grundbegriffe des § 15a EStG	282
1.5.1	Kapitalkonto i. S. d. § 15a Abs. 1 Satz 1 EStG	282
1.5.1.1	Begriff des Kapitalkontos im Handelsrecht	282
1.5.1.2	Begriff des Kapitalkontos im Steuerrecht	283
1.5.1.3	Unterschied Ergänzungsbilanzen – Sonderbilanzen	284
1.5.2	Anteil am Verlust der KG i. S. d. § 15a Abs. 1 Satz 1 EStG	286
1.5.3	Doppelstöckige Personengesellschaft	288
1.6	Außenhaftung nach § 171 HGB bei noch nicht erbrachter Hafteinlage	289
1.6.1	Grundsätze des § 15a Abs. 1 Sätze 2 und 3 EStG	289
1.6.2	Bürgschaftsübernahme durch Kommanditisten	292
1.6.3	Atypische Unterbeteiligung	293
1.7	Haftungsminderung (§ 15a Abs. 3 Sätze 3 und 4 EStG)	294
1.8	Einlagenminderung (§ 15a Abs. 3 Sätze 1 und 4 EStG)	296
1.8.1	Grundsätze	296
1.8.2	Ausnahmen von § 15a Abs. 3 Satz 1 EStG	299
1.8.2.1	Entnahmen von Konten mit Forderungscharakter	299
1.8.2.2	Einlagenminderung mit Wiederaufleben der unbeschränkt persönlichen Haftung	299
1.8.3	Behandlung von Einlagen	300
1.8.3.1	Zeitkongruente Einlagen	300
1.8.3.2	Nachgelagerte Einlagen	301
1.8.3.3	Vorgezogene Einlagen	301
1.9	Statuswechsel des Gesellschafters	303
1.9.1	Kommanditist wird Komplementär	303
1.9.2	Komplementär wird Kommanditist	303

1.10	Verrechnung mit künftigen Gewinnen (§ 15a Abs. 2 EStG)	303
1.11	Gesellschafterwechsel	304
1.12	Gesonderte Feststellung des verrechenbaren Verlusts	306
1.13	Entsprechende Anwendung des § 15a EStG in anderen Fällen von Mitunternehmenschaften	306
1.14	Entsprechende Anwendung des § 15a EStG auf andere Gewinneinkunftsarten	308
1.15	Sinngemäße Anwendung des § 15a EStG in Fällen der Überschusseinkunftsarten (§§ 20 Abs. 1 Nr. 4, 21 Abs. 1 Satz 2 EStG)	308
1.16	Konkurrenzverhältnis zu anderen Vorschriften	310
1.16.1	Verhältnis des § 15a EStG zu § 2 Abs. 3, § 10d Abs. 2 EStG	310
1.16.2	Verhältnis des § 15a EStG zu § 2a EStG	311
1.17	Übertragung des KG-Anteils durch Schenkung oder Erbschaft	312
2	Verluste im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen (§ 15b EStG)	312
2.1	Zweck und Wirkungsweise des § 15b EStG	312
2.2	Modellhafte Gestaltung (§ 15b Abs. 2 EStG)	313
2.3	Verlustquote (§ 15b Abs. 3 EStG)	313
2.4	Nicht betroffene Steuersparmodelle	314
2.5	Geschlossene Fonds	314
2.6	Einzelinvestitionen	314
2.7	Rechtsfolgen	315
2.8	Verfahren (§ 15b Abs. 4 EStG)	315
	 Teil F Zins- und Lizenzschanke sowie Gewinnthesaurierung	316
1	Zinsschanke (§ 4h EStG)	316
1.1	Übersicht	316
1.2	Abzugsfähigkeit der Zinsaufwendungen	318
1.2.1	Grundsatz	318
1.2.2	Betriebsbezogene Ermittlung	319
1.2.3	Maßgeblicher Gewinn	320
1.2.4	Zinsaufwendungen	320
1.2.5	Zinserträge	321
1.3	Grenzen der Zinsschanke	321
1.3.1	Freigrenze (§ 4h Abs. 2 Buchst. a EStG)	321
1.3.2	Nicht konzernangehörige Betriebe (§ 4h Abs. 2 Buchst. b EStG)	321
1.3.3	Konzern-Escape-Klausel (§ 4h Abs. 2 Buchst. c EStG)	322
1.4	EBITDA-Vortrag	322
1.5	Zinsvortrag	323
1.6	Weitere Regeln zur Anwendung bei Personengesellschaften	323
1.6.1	Zinsen aus Gesellschafterdarlehen	323
1.6.2	Zinssaldo	325
1.6.3	Zu hohe Gesellschafterfremdfinanzierung	325
1.6.4	Zinsschanke bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften	325
1.6.5	Untergang des Zinsvortrags bei Mitunternehmern	325
1.7	Verhältnis des § 4h EStG zu anderen Vorschriften	326
1.8	Zinsschanke bei Körperschaften	326
2	Aufwendungen für Rechteüberlassungen (§ 4j EStG)	326
2.1	Abzugsbeschränkung	327
2.2	Präferenzregelung und niedrige Besteuerung	327
2.3	Rechtsfolgen	327
2.4	Europarechtliche und DBA-Korrelationen	328
2.5	Anwendungsbereich	328
3	Gewinnthesaurierung bei Personenunternehmen (§ 34a EStG)	329
3.1	Überblick	329
3.2	Thesaurierungsbegünstigung	330
3.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich	330
3.2.2	Sachlicher Anwendungsbereich	331

3.3	Thesaurierung im Einzelnen	331
3.3.1	Grundsatz	331
3.3.2	Begünstigungsfähiger Gewinn, Begünstigungsbetrag und nachzuversteuernder Betrag	331
3.4	Besonderheiten bei Personengesellschaften	333
3.4.1	Ermittlung des nicht entnommenen Gewinns	333
3.4.2	Ausübung des Wahlrechts	334
3.4.3	Doppel- und mehrstöckige Personengesellschaften	335
3.5	Nachversteuerung	336
3.5.1	Nachsteuerungsbetrag	336
3.5.2	Entnahme der Thesaurierungssteuer	337
3.5.3	Reihenfolge der Verwendung des nicht entnommenen Gewinns	337
3.5.4	Ermittlung des nachversteuerungspflichtigen Betrags	338
3.5.5	Übertragung und Überführung von Wirtschaftsgütern	338
3.5.6	Gesetzliche Fälle der Nachversteuerung	339
	Teil G Gewerbesteuer	340
1	Rechtsentwicklung	340
2	Zuständigkeiten und Steuerverfahren	341
3	Steuergegenstand	342
4	Gewerbesteuerpflicht	342
4.1	Gewerbesteuerpflicht der Einzelunternehmen	342
4.2	Gewerbesteuerpflicht der Personengesellschaften	342
4.3	Gewerbesteuerpflicht der Kapitalgesellschaften und wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe	345
4.4	Gewerbesteuerliche Organschaft	346
5	Gewerbeertrag	347
5.1	Ermittlung des Gewerbeertrags	347
5.2	Ermittlung des Gewinns aus Gewerbebetrieb bei Personenunternehmen	347
5.2.1	Gewerbesteuerlicher Gewinn	347
5.2.2	Veräußerungs- und Aufgabegewinne bei Personenunternehmen	348
5.2.3	Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	349
5.2.4	Weitere Besonderheiten bei der Ermittlung des Gewerbeertrags	350
5.3	Gewerbeverlust (§ 10a GewStG)	350
5.4	Ermittlung des Gewinns aus Gewerbebetrieb bei Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen	351
5.5	Wegfall des Abzugs der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe	352
6	Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen	352
6.1	Übersicht	352
6.2	Hinzurechnungstatbestände nach § 8 Nr. 1 Buchst. a–f GewStG	353
6.2.1	Entgelte für Schulden (§ 8 Nr. 1 Buchst. a GewStG)	353
6.2.2	Renten und dauernde Lasten (§ 8 Nr. 1 Buchst. b GewStG)	354
6.2.3	Gewinnanteile des stillen Gesellschafters (§ 8 Nr. 1 Buchst. c GewStG)	354
6.2.4	Miet- und Pachtzinsen (§ 8 Nr. 1 Buchst. d und e GewStG)	354
6.2.5	Aufwendungen für die zeitlich befristete Überlassung von Rechten (§ 8 Nr. 1 Buchst. f GewStG)	356
6.2.6	Hinzurechnungsfreibetrag	356
6.2.7	Zusammenfassung	357
6.3	Gewinnanteile von Komplementären bei KGaA (§ 8 Nr. 4 GewStG)	357
6.4	Dividendenerträge aus Anteilen im Streubesitz (§ 8 Nr. 5 GewStG)	357
6.5	Anteile am Verlust in- oder ausländischer Personengesellschaften (§ 8 Nr. 8 GewStG)	358
6.6	Sonstige Hinzurechnungstatbestände (§ 8 Nr. 9–12 GewStG)	358
7	Gewerbesteuerliche Kürzungen	359
7.1	Übersicht	359
7.2	Kürzung für betrieblichen Grundbesitz (§ 9 Nr. 1 GewStG)	359
7.3	Anteile am Gewinn von Personengesellschaften (§ 9 Nr. 2 GewStG)	360
7.4	Erträge aus inländischen Schachtelbeteiligungen (§ 9 Nr. 2a GewStG)	361

7.5	Kürzung der Gewinnanteile des KGaA-Komplementärs (§ 9 Nr. 2b GewStG)	361
7.6	Gewinne aus ausländischen Betriebsstätten (§ 9 Nr. 3 GewStG)	362
7.7	Spenden (§ 9 Nr. 5 GewStG)	362
7.8	Gewinne aus Schachtelbeteiligungen an aktiv tätigen Auslandsgesellschaften (§ 9 Nr. 7 GewStG)	362
7.9	Gewinne aus Beteiligungen an Auslandsgesellschaften im DBA-Fall (§ 9 Nr. 8 GewStG)	362
8	Ermittlung der Gewerbesteuer	362
8.1	Grundsatz	362
8.2	Steuermesszahl (§ 11 Abs. 2 GewStG)	363
9	Gewerbesteueranrechnung nach § 35 EStG	364
9.1	Inhalt und Zielrichtung	364
9.2	Gewerbliche Einkünfte	365
9.3	Anrechnungsvolumen	365
9.4	Begrenzung der Tarifiermäßigung	366
9.5	Besonderheiten bei Mitunternehmerschaften	367
 Teil H GmbH & Co. KG und UG & Co. KG		371
1	Besonderheiten der Rechtsform	371
2	Arten	372
2.1	Personen- und beteiligungsidentische GmbH & Co. KG	372
2.2	GmbH-beherrschte GmbH & Co. KG	373
2.3	Einheits-GmbH & Co. KG	373
2.4	Doppelstöckige GmbH & Co. KG	373
2.5	Publikums-GmbH & Co. KG	373
2.6	Komplementärgesellschaften der KG in anderen Rechtsformen	374
2.6.1	UG & Co. KG	374
2.6.2	AG & Co. KG	374
2.6.3	Stiftung & Co. KG	374
2.6.4	Ausländische Komplementärgesellschaft	374
2.7	GmbH & Co. KGaA	375
3	Handelsrechtliche Verhältnisse	375
3.1	Rechtsnatur und Entstehung	375
3.2	Jahresabschluss, Prüfung und Offenlegung	376
3.3	Finanzierung	376
3.4	Gewinnanteile	377
3.5	Geschäftsführung	377
3.6	Haftung	378
4	Grundsätze der steuerlichen Behandlung	378
4.1	Allgemeines	378
4.2	Gewerbliche Einkünfte	378
4.3	Mitunternehmerschaft	379
4.3.1	Mitunternehmerschaft der Komplementär-GmbH	379
4.3.2	Mitunternehmerschaft der Kommanditisten	379
5	Betriebsvermögen der GmbH & Co. KG und Sondervergütungen	380
5.1	Betriebsvermögen und Sonderbetriebsvermögen bei der KG	380
5.2	Anteile an der Komplementär-GmbH, GmbH-Ausschüttungen	380
5.3	Tätigkeitsvergütungen	384
5.3.1	Geschäftsführergehälter	384
5.3.1.1	Der Geschäftsführer der GmbH ist nicht Personengesellschafter der KG (Fremdgeschäftsführer)	384
5.3.1.2	Der Geschäftsführer der GmbH ist Personengesellschafter der KG	385
5.3.2	Pensionszusagen	386
6	Gewinnverteilung bei der GmbH & Co. KG	387
6.1	Grundsätze	387
6.2	Arbeitseinsatz	387

6.3	Risikotragung	387
6.4	Kapitaleinsatz	388
6.5	Unangemessene Gewinnbeteiligung	388
6.5.1	Verdeckte Gewinnausschüttung	388
6.5.2	Unangemessen niedriger Gewinnanteil der GmbH	389
6.5.3	Unangemessen hoher Gewinnanteil der GmbH	391
	Teil I Umsatzsteuerliche Fragen	392
1	Die Unternehmereigenschaft der Personengesellschaft	392
2	Beginn der unternehmerischen Tätigkeit	393
3	Ende der unternehmerischen Tätigkeit	394
3.1	Auflösung einer Personengesellschaft durch Liquidation	395
3.2	Auflösung einer Personengesellschaft durch Austritt aller Gesellschafter bis auf einen	396
3.2.1	Ein Gesellschafter erwirbt alle Anteile der übrigen Gesellschafter	396
3.2.2	Ausscheiden aller Gesellschafter bis auf einen gegen Abfindung seitens der Gesellschaft	396
3.3	Verschmelzung	396
4	Die Unternehmereigenschaft des Gesellschafters einer Personengesellschaft	397
5	Leistungsaustausch bei der Gründung einer Personengesellschaft	398
5.1	Leistungen der Personengesellschaft	398
5.2	Leistungen des Gesellschafters bei Gründung	401
6	Leistungen der Gesellschaft an Gesellschafter oder diesen nahestehende Personen außerhalb des Gründungsvorganges	402
6.1	Unentgeltliche Leistungen der Gesellschaft	402
6.2	Entgeltliche Leistungen der Gesellschaft	404
7	Leistungen des Gesellschafters an die Gesellschaft	404
7.1	Geschäftsführungsleistungen	404
7.2	Leistungen außerhalb der Geschäftsführung	409
	Teil J Verfahrensrechtliche Besonderheiten	410
1	Einheitliche und gesonderte Feststellung der Besteuerungsgrundlagen	410
2	Erklärungspflichten im Feststellungsverfahren	412
3	Adressierung und Bekanntgabe von Bescheiden an Personengesellschaften	414
3.1	Adressierung und Bekanntgabe bei Bescheiden, die die Personengesellschaft als solche betreffen	414
3.2	Adressierung und Bekanntgabe bei Bescheiden, welche die Gesellschafter betreffen	417
3.3	Die Bekanntgabe von einheitlichen Feststellungsbescheiden an Empfangsbevollmächtigte gemäß § 183 AO	419
4	Besonderheiten in Rechtsbehelfsverfahren gegen einheitliche und gesonderte Feststellungsbescheide	423
4.1	Einschränkung der Rechtsbehelfsbefugnis (§ 352 AO)	423
4.1.1	Einspruchsbefugnis des vertretungsberechtigten Geschäftsführers	424
4.1.2	Der Einspruchsbevollmächtigte i. S. v. § 352 Abs. 2 AO	425
4.1.3	Einspruchsbefugnis einzelner Feststellungsbeteiligter	426
4.2	Einschränkung der Hinzuziehung (§ 360 AO)	427
4.3	Besonderheiten bei der Aussetzung der Vollziehung (§ 361 Abs. 2 und 3 AO, § 69 Abs. 2 FGO)	427
5	Verfahrensrechtliche Behandlung der stillen Gesellschaft	429
5.1	Verfahrensrechtliche Behandlung der typisch stillen Gesellschaft	429
5.2	Verfahrensrechtliche Behandlung der atypisch stillen Gesellschaft	429
6	Unterbeteiligung an einer Personengesellschaft	430
7	Korrekturen von einheitlichen und gesonderten Feststellungen	432
8	Feststellungsverjährung für einheitliche und gesonderte Feststellungen	433
9	Beteiligung von Familienangehörigen	435

10	Besonderheiten bei Personengesellschaften im Insolvenzverfahren	437
10.1	Insolvenz der Personengesellschaft	437
10.2	Insolvenz eines (oder mehrerer) Gesellschafters der Personengesellschaft	438

Kapitel III Die Besteuerung der Kapitalgesellschaften

Teil A	Allgemeines zur GmbH	443
---------------	-----------------------------------	-----

Teil B	Gründung	444
---------------	-----------------------	-----

1	Besonderheiten	444
2	Die Gründungsgesellschafter	444
3	Sitz der Gesellschaft	444
4	Firma	445
5	Gegenstand des Unternehmens	445
6	Der Gesellschaftsvertrag	445
6.1	Rechtsnatur	446
6.2	Notwendiger Inhalt	446
6.3	Fakultativer Inhalt	446
6.4	Formvorschriften	449
6.5	Vereinfachte Gründung	450
6.6	Fehlerhafter Gesellschaftsvertrag	450
7	Die einzelnen Stadien der Gründung – Vorgründungsstadium	450
7.1	Gesellschaftsrechtliche Beurteilung	450
7.2	Steuerliche Beurteilung	452
7.3	Buchführungspflicht	452
7.4	Haftung der Gesellschafter	452
8	Das eigentliche Gründungsstadium (Vorgesellschaft)	453
8.1	Gesellschaftsrechtliche Beurteilung	453
8.2	Steuerliche Beurteilung	453
8.3	Buchführungspflicht	454
9	Stammkapital und Stammeinlage	454
9.1	Bareinlage	455
9.2	Sacheinlage	457
9.2.1	Überblick	457
9.2.2	Bewertung	457
9.2.3	Sachgründungsbericht	458
9.2.4	Gegenstand der Einlage	458
9.3	Verdeckte Sacheinlage	459
9.4	Änderung von Bar- in Sacheinlagen und umgekehrt	459
10	Die bilanzielle und steuerliche Behandlung der Einlagen	460
10.1	Allgemeines	460
10.2	Behandlung eines Agios	461
10.3	Sacheinlage	462
10.3.1	Übertragung eines Wirtschaftsguts aus dem Privatvermögen	462
10.3.2	Übertragung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens	463
10.3.3	Übertragung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils	463
10.3.4	Einbringung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	464
10.3.4.1	Ansatz durch die GmbH	464
10.3.4.2	Folgen für den Gesellschafter	464
10.3.5	Veräußerung nach Einbringung (sperrfristverhaftete Anteile)	465
10.3.5.1	Einbringungsgewinn I	465
10.3.5.2	Einbringungsgewinn II	466
10.3.5.3	Nachweispflicht	467

11	Gründungskosten	467
12	Haftungsfragen	468
12.1	»Unechte« Vorgesellschaft	468
12.2	Die Vorgesellschaft gelangt nicht zur Eintragung	468
12.3	Haftung nach § 11 Abs. 2 GmbHG	469
12.4	Vorbelastungs- und Unterbilanzhaftung	469
12.5	Differenzhaftung (§ 9 GmbHG)	470
12.6	Gründerhaftung (§ 9a GmbHG)	470
12.7	Voreinzahlung von Einlagen	470
12.8	Ausfallhaftung (§ 24 GmbHG)	470
12.9	Grundsatz der Kapitalerhaltung	471
	 Teil C Die Organe der GmbH	 472
1	Die Gesellschafterversammlung	472
2	Beirat/Aufsichtsrat	473
3	Geschäftsführer	473
3.1	Organ der Gesellschaft	474
3.1.1	Bestellung des Geschäftsführers	474
3.1.2	Vertretungsbefugnis	474
3.1.3	Geschäftsführungsbefugnis	475
3.1.4	Abberufung	475
3.2	Anstellungsvertrag	475
3.3	Pflichten und Haftung des Geschäftsführers	476
	 Teil D Verträge zwischen Gesellschaftern und der GmbH	 478
1	Die Geschäftsführervergütung im Steuerrecht	478
1.1	Allgemeines	478
1.2	Angemessenheit der Geschäftsführervergütung	478
1.2.1	Anerkennung der Vergütungsbestandteile dem Grunde nach	479
1.2.2	Gesamtausstattung	480
1.2.3	Art und Umfang der Tätigkeit	481
1.2.4	Ertragsaussichten der Gesellschaft	482
1.2.5	Fremdvergleich	484
1.2.6	Pensionszusage als Teil der Gesamtausstattung	485
1.2.7	Rechtsfolgen der Unangemessenheit	485
1.3	Tantieme / variable Gehaltsbestandteile / Gratifikation	486
1.3.1	Angemessenheit der Tantieme dem Grunde nach	486
1.3.2	Angemessenheit der Tantieme der Höhe nach	488
1.3.3	Tantieme bei Verlustvorträgen	489
1.3.4	Auslegung unklarer Tantiemvereinbarungen	489
1.4	Sozialversicherungspflicht	490
1.5	Kfz-Gestellung durch die GmbH	490
1.6	Überlassung eines PC oder Smartphone etc.	495
1.7	Überlassung einer Wohnung oder Unterkunft	496
1.8	Versicherung gegen Haftungsrisiken des Geschäftsführers	496
1.9	Abfindungen	497
1.10	Betriebliche Altersversorgung	497
1.11	Pensionszusage	498
1.11.1	Allgemeine zivilrechtliche Voraussetzungen	498
1.11.2	Steuerliche Prüfung	499
1.11.3	Ernsthaftigkeit und Angemessenheit	499
1.11.4	Probezeit	500
1.11.5	Finanzierbarkeit	501
1.11.6	Erdienbarkeit	502
1.11.7	Übersversorgung	503

1.11.8	Auslagerung der Pensionsverpflichtung	504
1.11.9	Verzicht auf eine Pensionszusage	505
1.12	Zeitwertkonten	506
2	Verstoß gegen ein Wettbewerbsverbot	506
3	Risikogeschäfte	507
4	Werbungskosten	508
4.1	Arbeitszimmer	508
4.2	Sonstige Werbungskosten	510
5	Sonderausgaben	511
5.1	Beiträge zur Rentenversicherung(Rechtslage bis Veranlagungszeitraum 2004)	511
5.2	Rechtslage ab Veranlagungszeitraum 2005	512
5.3	Beiträge zur Krankenversicherung	513
6	Darlehensverträge zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern	513
6.1	Allgemeines	513
6.2	Beteiligungen im Privatvermögen	514
6.3	Beteiligungen im Betriebsvermögen	516
6.4	Beteiligung im Betriebsvermögen einer Kapitalgesellschaft	517
6.5	Sonderproblem: Bürgschaften	518
6.5.1	Beteiligung im Betriebsvermögen	518
6.5.2	Beteiligung im Privatvermögen	519
7	Mietverträge zwischen Gesellschafter und Gesellschaft	519
7.1	Beteiligung im Privatvermögen	519
7.2	Beteiligung im Betriebsvermögen	520
	 Teil E Die Besteuerung der GmbH	 521
1	Steuerpflicht	521
1.1	Unbeschränkte Steuerpflicht	521
1.1.1	Beginn	521
1.1.2	Geschäftsleitung	521
1.1.3	Sitz	522
1.1.4	Ausländische Kapitalgesellschaften	522
1.2	Beschränkte Steuerpflicht	523
2	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	523
2.1	Der Jahresabschluss der Kapitalgesellschaft	524
2.1.1	Handelsrechtliche Bilanzierungspflicht	524
2.1.2	Publizitätspflichten	525
2.1.3	Abschlussprüfung	525
2.1.4	Die Bilanzgliederung nach § 266 HGB	526
2.1.5	Bilanzierung der Finanzanlagen	526
2.1.5.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	526
2.1.5.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	526
2.1.5.3	Beteiligungen	527
2.1.5.4	Buchmäßige Behandlung der Finanzanlagen	527
2.1.6	Die bilanzmäßige Darstellung des Eigenkapitals	530
2.1.7	Ergebnisverwendung	533
2.1.8	Verstoß gegen den Grundsatz der Kapitalerhaltung	534
2.1.9	Pensionsrückstellungen	536
2.1.9.1	Handelsrechtliche Passivierungspflicht	537
2.1.9.2	§ 6a EStG	538
2.1.9.3	Auflösung der Pensionsrückstellung	541
2.1.9.4	Verdeckte Gewinnausschüttungen	541
2.1.9.5	Rückdeckungsversicherungen	542
2.1.9.6	Verzicht auf die Pensionszusage	543
2.1.9.7	Verzicht für die Zukunft (sog. Future Service)	544
2.1.9.8	Übertragung einer Pensionsverpflichtung	544

2.1.10	Steuerrückstellungen	545
2.1.10.1	Gewerbesteuerrückstellung	545
2.1.10.2	Rückstellungen für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	547
2.1.11	Sonderposten mit Rücklagenanteil	548
2.1.12	Die Gewinn- und Verlustrechnung	549
2.2	Steuerbilanz	549
2.2.1	Maßgeblichkeitsgrundsatz	549
2.2.2	Latente Steuern	551
2.2.3	Notwendigkeit steuerlicher Ausgleichsposten	553
2.3	Verdeckte Gewinnausschüttungen	554
2.3.1	Tatbestand einer verdeckten Gewinnausschüttung	557
2.3.1.1	Vermögensminderung oder verhinderte Vermögensmehrung	557
2.3.1.2	Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis	559
2.3.2	Bewertung der verdeckten Gewinnausschüttung	561
2.3.3	Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung	562
2.3.3.1	Hinzurechnung bei der Kapitalgesellschaft	562
2.3.3.2	Steuerliche Folgen der verdeckten Gewinnausschüttung beim Gesellschafter	567
2.3.4	vGA und Gewerbesteuer	571
2.3.5	vGA und Kapitalertragsteuer	572
2.3.6	Änderung von Steuerbescheiden	572
2.4	Zinsschranke (§ 8a KStG)	573
2.4.1	Allgemeines	573
2.4.2	Zinsschranke bei Körperschaften (§ 8a KStG)	573
2.4.2.1	Verhältnis zu § 4h EStG	573
2.4.2.2	Bemessungsgrundlage	574
2.4.2.3	Ausnahmetatbestände	575
2.4.2.4	Zinsvortrag und Verlustabzugsbeschränkungen für Körperschaften	577
2.4.2.5	Verhältnis zur verdeckten Gewinnausschüttung	578
2.5	Einlagen	578
2.5.1	Offene Einlagen	578
2.5.2	Verdeckte Einlagen	580
2.5.3	Verdeckte Einlagen von Anteilen an Kapitalgesellschaften	583
2.5.4	Weitere Einzelfälle von verdeckten Einlagen	584
2.5.5	Rechtsfolgen bei der Gesellschaft	585
2.5.6	Das steuerliche Einlagekonto	587
2.5.7	Rechtsfolgen beim Gesellschafter	589
2.5.8	Bescheinigung	589
2.5.9	Einlagekonto bei Organschaft	589
2.5.10	Einlagekonto in Umwandlungsfällen	590
2.5.11	Änderung von Steuerbescheiden (§ 32a KStG)	590
2.6	Steuerbefreiung nach § 8b KStG	590
2.6.1	Intention des Gesetzgebers	590
2.6.2	Steuerfreiheit der Dividende (§ 8b Abs. 1 KStG)	591
2.6.3	Streubesitzdividenden	593
2.6.4	Aufwendungen auf die Beteiligung	595
2.6.5	Veräußerungsgewinne (§ 8b Abs. 2 KStG)	596
2.6.6	Gewinnminderungen (§ 8b Abs. 3 KStG)	598
2.6.7	Beteiligung über eine Personengesellschaft (§ 8b Abs. 6 KStG)	600
2.6.8	§ 8b KStG und Gewerbesteuer	600
2.7	Die Berücksichtigung von Verlusten	601
2.7.1	Handelsrechtliche Beurteilung	601
2.7.2	Steuerliche Beurteilung	602
2.7.3	§ 2a EStG	602
2.7.4	§ 15a EStG	604
2.7.5	Verlustrücktrag und Verlustvortrag	605
2.7.6	Untergang des Verlustvortrags bei Veräußerung (§ 8c KStG)	606

2.7.6.1	Anwendungsbereich.....	607
2.7.6.2	Grundtatbestand	607
2.7.6.3	Erwerberkreis	608
2.7.6.4	Unmittelbare und mittelbare Beteiligung.....	609
2.7.6.5	Vergleichbare Sachverhalte	610
2.7.6.6	Kapitalerhöhung	610
2.7.6.7	Zeitpunkt und Umfang des Verlustuntergangs.....	610
2.7.6.8	Berücksichtigung stiller Reserven.....	611
2.7.6.9	Sanierungsklausel	612
2.7.6.10	§ 8d KStG	613
2.7.6.11	§ 10a GewStG	614
2.8	Abziehbare Aufwendungen (§ 9 KStG).....	614
2.9	Nicht abziehbare Aufwendungen.....	615
2.9.1	Liebhaberei.....	615
2.9.2	Abzugsbeschränkung nach § 4 Abs. 5 und 5b EStG	616
2.9.3	§ 10 KStG.....	616
2.9.3.1	Abzugsverbot für Aufwendungen zur Erfüllung satzungsmäßiger Zwecke	616
2.9.3.2	Abzugsverbot für Einkommen- und sonstige Personensteuern	617
2.9.3.3	Geldstrafen.....	618
2.9.3.4	Aufsichtsrats- und ähnliche Vergütungen	619
3	Die tarifliche Körperschaftsteuer	620
3.1	Internationaler Vergleich	620
3.2	Das Anrechnungsverfahren	620
3.3	Das neue Körperschaftsteuersystem.....	620
4	Organschaft	621
4.1	Motive für die Organschaft	621
4.2	Grundprinzip	622
4.3	Voraussetzungen der Organschaft.....	622
4.3.1	Organgesellschaft.....	622
4.3.2	Organträger	623
4.3.3	Finanzielle Eingliederung.....	624
4.3.4	Gewinnabführungsvertrag.....	626
4.3.4.1	Handelsrechtliche Voraussetzungen.....	626
4.3.4.2	Zeitliche Voraussetzungen	628
4.3.4.3	Tatsächliche Durchführung.....	628
4.3.4.4	Beendigung	628
4.4	Steuerliche Folgen der Organschaft	629
4.4.1	Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft	629
4.4.2	Ausgleichszahlungen (§ 16 KStG).....	631
4.4.3	Die Einkommensermittlung beim Organträger.....	632
4.4.3.1	Allgemeines	632
4.4.3.2	Verdeckte Gewinnausschüttungen	633
4.4.3.3	Rückstellung für Verlustübernahme.....	633
4.4.3.4	Teilwertabschreibungen	633
4.4.3.5	Schuldzinsen	634
4.4.3.6	Ausgleichsposten beim Organträger	634
4.5	Verunglückte Organschaften.....	636
4.6	Gewerbesteuerliche Organschaft.....	636
	Teil F Die GmbH & Still	637
1	Motive	637
2	Abgrenzung zwischen typisch und atypisch stiller Gesellschaft	637
3	Bilanzielle Behandlung	638

4	Besteuerung	638
4.1	Besteuerung der typisch Still.....	638
4.2	Besteuerung der atypisch Still.....	642
4.2.1	Allgemeines.....	642
4.2.2	Besonderheiten bei der GmbH.....	643
4.2.3	Verlustzuweisungen.....	644
	Teil G Veräußerung von Beteiligungen	645
1	Überblick	645
2	Veräußerung von privaten Beteiligungen (§ 17 EStG)	645
2.1	Grundtatbestand.....	645
2.2	Mittelbare Beteiligungen.....	646
2.3	Eigene Anteile.....	647
2.4	Anteile im Gesamthandsvermögen.....	647
2.5	Sperrfristverhaftete Anteile.....	648
2.6	Infektion.....	648
2.7	Einlage von Anteilen.....	649
2.7.1	Einlage einer Beteiligung in ein Einzelunternehmen.....	649
2.7.2	Einlage einer Beteiligung in eine Gesamthand.....	650
2.7.3	Einlage einer Beteiligung in eine Kapitalgesellschaft.....	651
2.8	Veräußerung von Anteilen an einer ausländischen Gesellschaft.....	652
2.9	Veräußerung durch einen ausländischen Gesellschafter.....	652
3	Veräußerungsgewinn	653
3.1	Grundfall.....	653
3.2	Veräußerung von Teilen einer Beteiligung.....	654
3.3	Veräußerung gegen Rente.....	654
3.4	Rückwirkende Änderungen.....	655
3.5	Teilweise Verfassungswidrigkeit.....	655
4	Veräußerungsverluste	656
4.1	Gesetzliche Regelung.....	656
4.2	Nachträgliche Anschaffungskosten.....	658
4.2.1	Verdeckte Einlagen.....	658
4.2.2	Eigenkapitalersetzende Darlehen.....	659
4.2.2.1	Rechtslage bis 27.09.2017.....	659
4.2.2.2	Änderung der Rechtsprechung.....	661
4.2.2.3	Änderung durch das JStG 2019.....	662
4.2.3	Bürgerschaftsverluste.....	662
4.2.3.1	Rechtslage bis 27.09.2017.....	662
4.2.3.2	Die neue Rechtsprechung.....	664
4.2.3.3	Änderungen durch das JStG 2019.....	664
4.2.4	Drittaufwand.....	664
5	Vorweggenommene Erbfolge	665
5.2.4.1	Unentgeltliche Übertragung.....	665
5.2.4.2	Teilentgeltliche Übertragung.....	666
5.2.4.3	Entgeltliche Übertragung.....	666
6	Erbfolge und Erbauseinandersetzung	667
7	Liquidation, Kapitalherabsetzung und Einlagenrückgewähr	667
7.1	Liquidation.....	667
7.2	Kapitalherabsetzung.....	668
7.3	Einlagenrückgewähr.....	670
8	Sitzverlegung ins Ausland (§ 17 Abs. 5 EStG)	671
9	Entstehung eines privaten Veräußerungsgewinnes	671
10	Beteiligungen im Betriebsvermögen	671
10.1	Gewerblicher Gewinn.....	671
10.2	Rücklage nach § 6b EStG.....	673

10.3	Veräußerung einer Beteiligung durch eine Kapitalgesellschaft (§ 8b Abs. 2 bis 5 KStG)	675
11	Wohnsitzwechsel ins Ausland	675
	Teil H Betriebsaufspaltung	676
1	Problem	676
2	Gründe für die Betriebsaufspaltung	676
3	Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung	677
4	Die verschiedenen Arten der Betriebsaufspaltung	678
4.1	Echte und unechte Betriebsaufspaltung	678
4.2	Kapitalistische Betriebsaufspaltung	678
4.3	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	678
4.4	Umgekehrte Betriebsaufspaltung	679
4.5	Freiberufler-Betriebsaufspaltung	679
5	Die Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung im Einzelnen	680
5.1	Personelle Verflechtung	680
5.1.1	Beteiligungsidentität	680
5.1.2	Beherrschungsidentität	680
5.1.3	Personengruppentheorie	681
5.1.4	Einstimmigkeitsabreden	682
5.1.5	Mittelbare Beherrschung	684
5.1.6	Faktische Beherrschung	685
5.1.7	Betriebskapitalgesellschaft	686
5.1.8	Ehegattenanteile	686
5.1.9	Anteile von minderjährigen Kindern	686
5.2	Sachliche Verflechtung	688
5.2.1	Wesentliche Betriebsgrundlage	688
5.2.2	Unentgeltliche bzw. verbilligte Nutzungsüberlassung	689
5.2.3	Unangemessen hohe Miete	690
5.2.4	Berechnung der angemessenen Miete	690
5.3	Geschäftswert bei Betriebsaufspaltung	691
6	Steuerliche Folgen der Betriebsaufspaltung	692
6.1	Anteile am Betriebsunternehmen	692
6.2	Sonstiges Betriebsvermögen	694
6.2.1	Aktivierungspflicht	694
6.2.2	Anspruch auf Substanzerhaltung	696
6.2.2.1	Bisherige Ansicht	696
6.2.2.2	Neue Rechtsprechung	697
6.3	Darlehen	697
6.4	Arbeitslohn	699
6.5	Gewerbesteuer	699
7	Begründung der Betriebsaufspaltung	700
7.1	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	700
7.2	Begründung einer sonstigen echten Betriebsaufspaltung	702
7.3	Begründung einer kapitalistischen Betriebsaufspaltung	702
8	Beendigung der Betriebsaufspaltung	702
9	Vermeidung der Aufdeckung stiller Reserven	703
	Teil I Die Besteuerung der Dividenden	705
1	Gesellschaftsrecht	705
2	Besteuerung von Dividenden (Privatvermögen)	705
2.1	Abgeltungsteuer	705
2.2	Zufluss der Dividende	707
2.3	Inkongruente Ausschüttungen	708
2.4	Verdeckte Gewinnausschüttungen	709

2.5	Ausschüttungen aus dem Einlagekonto	709
2.6	Dividende in Form sonstiger Vorteile	710
2.7	Vorabausschüttungen	711
2.8	Ausschüttung nach Kapitalherabsetzung	711
2.9	Kapitalertragsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	711
2.10	Werbungskosten	713
3	Beteiligungen im Betriebsvermögen	713
4	Anteile, die von einer Kapitalgesellschaft gehalten werden	715
5	Nießbrauch an einem Anteil an einer Kapitalgesellschaft	715
 Teil J Veränderungen im Stammkapital		717
1	Kapitalherabsetzung	717
1.1	Gesellschaftsrechtliche Voraussetzungen	717
1.1.1	Ordentliche Kapitalherabsetzung	717
1.1.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung	719
1.2	Bilanzmäßige Behandlung	720
1.3	Steuerliche Folgen für die Gesellschaft	720
1.4	Steuerliche Folgen für die Gesellschafter	721
2	Kapitalerhöhung	722
2.1	Gründe für eine Kapitalerhöhung	722
2.2	Gesellschaftsrecht	722
2.2.1	Effektive Kapitalerhöhung	722
2.2.2	Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	723
2.3	Steuerliche Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft	724
2.4	Steuerliche Auswirkungen beim Gesellschafter	724
3	Die Auflösung der GmbH	725
4	Liquidation	726
5	Liquidationsbesteuerung (§ 11 KStG)	727
5.1	Besteuerungszeitraum	727
5.2	Ermittlung des Liquidationsgewinns	727
5.3	Besteuerung des Liquidationsgewinns	728
5.4	Vermögensverteilung	728
5.4.1	Steuerliche Folgen für die Gesellschaft	728
5.4.2	Steuerliche Folgen für den Gesellschafter	729
6	Sitzverlegung ins Ausland	729
 Teil K Umsatzsteuer bei der GmbH		730
1	Unternehmerfähigkeit der GmbH	730
2	Beginn der Unternehmereigenschaft der GmbH	730
2.1	Neugründungen	730
2.2	Umwandlungen	732
2.2.1	Spaltungen	732
2.2.2	Verschmelzung	734
2.2.3	Formwechsel	734
2.2.4	Einbringungen im Wege der Einzelrechtsnachfolge durch Sacheinlage	734
3	Ende der Unternehmereigenschaft	735
4	Organschaft	736
4.1	Allgemeines	736
4.2	Finanzielle Eingliederung	739
4.3	Wirtschaftliche Eingliederung	740
4.4	Organisatorische Eingliederung	741
4.5	Sonderfall GmbH & Co. KG	743
4.6	Grenzüberschreitende Organschaft	744
5	Das Unternehmen der GmbH	745

6	Leistungsaustausch zwischen der GmbH und ihren Gesellschaftern	746
6.1	Gründungsstadium der GmbH	746
6.2	Veräußerung eines Gesellschaftsanteils bei Fortbestehen der GmbH	748
6.3	Veräußerung von Gesellschaftsanteilen bei Liquidation der GmbH	749
6.4	Leistungsbeziehungen zwischen Gesellschafter und GmbH außerhalb der Gewährung von Gesellschaftsrechten	749
6.4.1	Leistungen der Gesellschafter an die GmbH	749
6.4.2	Leistungen der GmbH an die Gesellschafter	753

Kapitel IV Umwandlung

1	Gründe für eine Umwandlung	759
2	Verhältnis Zivilrecht – Steuerrecht	759
3	Gesellschaftsrechtliche Möglichkeiten der Umwandlung	760
3.1	Einzelrechtsnachfolge	760
3.2	Anwachsung/Aufnahme weiterer Gesellschafter	760
3.3	Gesamtrechtsnachfolge	761
4	Umwandlungsgesetz	761
4.1	Allgemeines	761
4.2	Die Verschmelzung	762
4.2.1	Allgemeines	762
4.2.2	Verschmelzungsfähige Rechtsträger	763
4.2.3	Das Verschmelzungsverfahren	764
4.2.4	Rechtsfolgen der Verschmelzung	766
4.3	Spaltung	767
4.3.1	Möglichkeiten der Spaltung	767
4.3.2	Spaltungsfähige Rechtsträger	769
4.3.3	Das Spaltungsverfahren	769
4.3.4	Folgen der Spaltung	770
4.4	Vermögensübertragung	770
4.5	Formwechsel	771
5	Steuerliche Regelung (Umwandlungssteuergesetz)	773
5.1	Allgemeines	773
5.2	Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	774
5.2.1	Umwandlungsbilanzen	774
5.2.2	Auswirkungen bei der übertragenden Körperschaft	775
5.2.2.1	Bewertungswahlrecht (§ 3 UmwStG)	775
5.2.2.2	Ausstehende Einlagen	775
5.2.2.3	Pensionsverpflichtungen	775
5.2.2.4	Beteiligung an anderen Gesellschaften	776
5.2.2.5	Eigene Anteile	776
5.2.2.6	Ansatz immaterieller Wirtschaftsgüter	776
5.2.2.7	Forderungen und Verbindlichkeiten	776
5.2.2.8	Körperschaft mit negativem Betriebsvermögen	777
5.2.2.9	Umwandlungskosten	777
5.2.2.10	Ausschüttungsverbindlichkeiten	777
5.2.3	Auswirkungen bei der übernehmenden Personengesellschaft	778
5.2.3.1	Wertansätze	778
5.2.3.2	Übernahmegewinn	779
5.3	Vermögensübergang einer Kapitalgesellschaft auf eine natürliche Person	781
5.4	Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine andere Kapitalgesellschaft	781
5.4.1	Steuerfolgen bei der übertragenden Körperschaft	781
5.4.2	Steuerfolgen bei der übernehmenden Körperschaft	782
5.4.3	Auswirkungen auf die Körperschaftsteuer	782
5.4.4	Auswirkung bei den Anteilseignern	782
5.5	Spaltung einer Kapitalgesellschaft	783

5.6	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft (§ 20 UmwStG)	783
5.6.1	Wahlrecht (§ 20 UmwStG)	784
5.6.2	Voraussetzungen des Wahlrechts	784
5.6.3	Rückwirkung	786
5.6.4	Buchwertfortführung	786
5.6.5	Zwischenwertansatz	787
5.6.6	Ansatz des gemeinen Wertes	788
5.6.7	Einbringung von Mitunternehmeranteilen	789
5.6.8	Einbringung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft (Anteilstausch)	790
5.6.8.1	Ansatz durch die GmbH	790
5.6.8.2	Folgen für den Gesellschafter	790
5.6.9	Sperrfristverhaftete Anteile	791
5.7	Einbringung in eine Personengesellschaft (§ 24 ff. UmwStG)	792
5.7.1	Verhältnis zum Umwandlungsgesetz	793
5.7.2	Voraussetzungen für das Wahlrecht	794
5.7.3	Rechtsfolgen bei Buchwertansatz	796
5.7.3.1	Bilanzierung und Abschreibung der Wirtschaftsgüter	796
5.7.3.2	Korrekturen mittels Ergänzungsbilanzen	796
5.7.4	Rechtsfolgen bei Zwischenwertansatz	798
5.7.5	Rechtsfolgen bei Ansatz der gemeinen Werte	799
5.7.5.1	Rückwirkung	800
5.7.5.2	Einbringung von Beteiligungen	800
5.7.5.3	Rechtsfolgen von Zuzahlungen	800

Kapitel V Haftungsfragen bei Gesellschaften

Teil A Vorbemerkung 805

Teil B Haftung der »Vertreter« nach § 69 AO 807

1	Haftender Personenkreis	807
2	Die Pflichtverletzung	808
3	Der Haftungsschaden	809
3.1	Schaden in Form der Nichtfestsetzung bzw. teilweisen Nichtfestsetzung	809
3.2	Schaden in Form der nicht rechtzeitigen Festsetzung	809
3.3	Schaden bei der Erfüllung des Anspruches	810
4	Verschulden	810
5	Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden	812
5.1	Grundsatz der anteiligen Tilgung	812
5.2	Feststellung des Haftungsumfanges	813
6	Umfang der Haftung	815

Teil C Die Haftung nach weiteren Haftungsnormen 817

1	Die Haftung des Steuerhinterziehers nach § 71 AO	817
2	Die Haftung bei Organschaft nach § 73 AO	818
3	Die Eigentümerhaftung nach § 74 AO	820
4	Die Haftung des Betriebsübernehmers nach § 75 AO	823
5	§ 128 HGB: Haftung der OHG-Gesellschafter	826
6	§ 161 Abs. 2 HGB: Haftung des Komplementärs	826
7	§ 171 HGB: Haftung des Kommanditisten	826
8	Haftungslage bei einer (Außen-)GbR	826

Teil D Der Haftungsbescheid 827

Stichwortregister	831
-------------------------	-----